

WIR SETZEN AUF DIALOG

Formelle und informelle Bürgerbeteiligung



Beim gesamten Planungsprozess der B 3 Ortsumgehung Elstorf setzt die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) auf eine umfassende und frühzeitige Bürgerbeteiligung. Diese fußt zum einen auf Öffentlichkeitsveranstaltungen, bei denen alle interessierten Bürgerinnen und Bürger über wesentliche Planungsfortschritte informiert werden und dazu diskutieren können. Zum anderen tauscht sich das Planungsteam seit Beginn der Vorplanung mit den Trägern öffentlicher Belange, Fachexpertinnen und -experten unter Beteiligung von Bürgervertretenden in Planungswerkstätten, Fachdialogen und Facharbeitskreisen unter anderem zu den Themen Schutzgut Mensch, Umwelt- und Artenschutz sowie Landwirtschaft aus und bearbeitet gemeinsam Planungsideen.

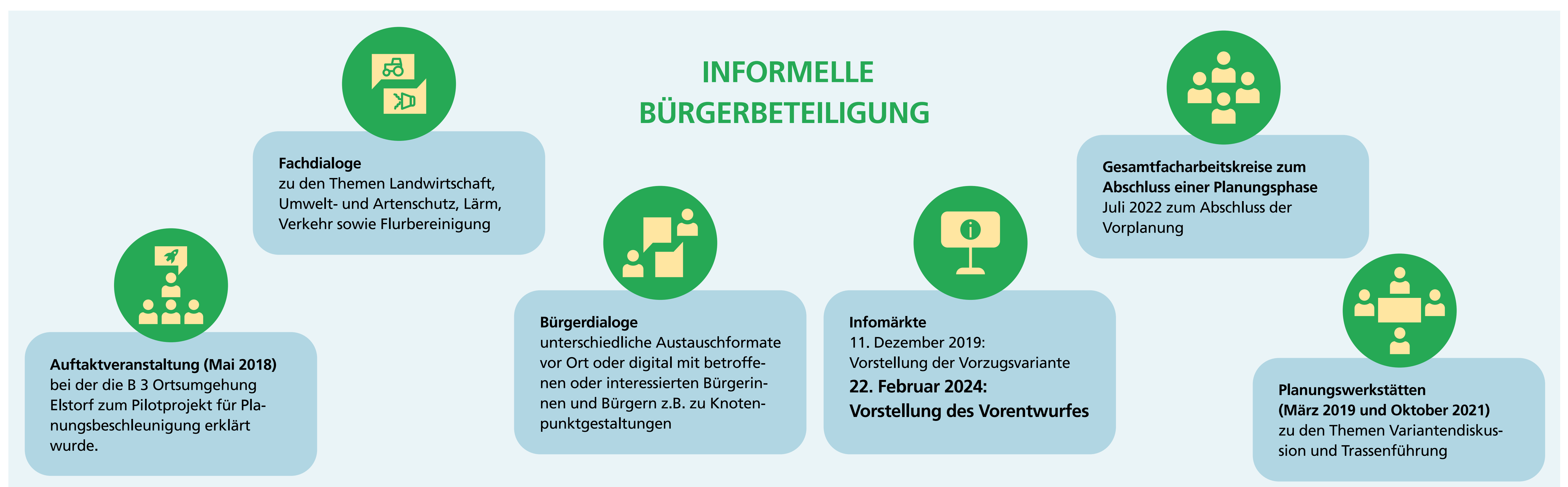
Die Auswahl der Bürgervertretenden, die in den Fachdialogen, Facharbeitskreisen und Planungswerkstätten mitarbeiten, erfolgte mithilfe eines Losverfahrens, wobei per Los Bür-



gerinnen und Bürger ausgewählt wurden, die vorher ihr Interesse an der Mitarbeit bekundet hatten. Während im Raumordnungsverfahren die Bürgerbeteiligung nach einer formellen

Verfahrensweise erfolgte, führt die NLStBV die informelle Beteiligung der Öffentlichkeit im Rahmen des weiteren Planungsprozesses zunächst bis zum Planfeststellungsverfahren fort.

Überblick der verschiedenen Beteiligungsformate, die seit der Auftaktveranstaltung zum Projekt im Mai 2018 planungsbegleitend genutzt werden.



Die formelle Bürgerbeteiligung

Eine formelle Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern erfolgt beim Planfeststellungsverfahren. Die Planungsunterlagen werden in den betroffenen Kommunen ausgelegt, so dass alle Bürgerinnen und Bürger sich über das Projekt informieren und gegebenenfalls innerhalb einer festgelegten Frist schriftlich Stellung nehmen können. Darin können sie ihre Anregungen und Bedenken äußern. Diese Einwendungen müssen beim Dezernat 41

der NLStBV in Hannover – der federführenden Planfeststellungsbehörde – schriftlich eingereicht werden. Den Trägern öffentlicher Belange (TÖBs) – beispielsweise Behörden für die Bereiche Umwelt, Verkehr oder Denkmalschutz – sowie Naturschutzorganisationen und Interessenverbänden werden die Planungsunterlagen in der Regel zugeschickt oder digital zur Verfügung gestellt. Auch sie können Einwände erheben. Anschließend werden in einem

Erörterungstermin alle schriftlichen Stellungnahmen mit der Planfeststellungsbehörde, der Vorhabenträgerin (NLStBV, Geschäftsbereich Lüneburg) und Fachexpertinnen und -experten diskutiert. Das Ergebnis wird in den Planfeststellungsbeschluss aufgenommen, der als konzentrierte, abschließende Genehmigung der Planungen gilt und die bindende Grundlage für die Ausführungsplanung und den Bau der B 3 Ortsumgehung Elstorf darstellt.

Haben Sie noch Fragen? Dann wenden Sie sich gern an unsere Experten hier vor Ort, schreiben Sie uns eine E-Mail an poststelle-lg@nlstbv.niedersachsen.de oder rufen Sie uns an: 04131/8305-0

